

Ja zum Frieden — Nein zur Kriegstüchtigkeit

Aufruf zum Bonner Ostermarsch am Sa, 19. April 2025

Nie wurde der Bonner Ostermarsch in solchen Zeiten weitverbreiteter Verunsicherung und höchster Unsicherheit, Angst und Sorge durchgeführt. Es wird um Rohstoffe geschachert. Es wird um Gebiete und politischen Einfluss gestritten. Die Macht in der Welt soll neu aufgeteilt werden. Derweil gibt es Tausende von Toten und Schwerverletzten jede Woche, sexualisierte Gewalt, schwerste Umweltzerstörungen, Hunderttausende Flüchtlinge, Kinder ohne Eltern, in Hunger, Not und ohne Bildung. Die Bilanz der zurzeit weltweit tobenden Kriege ist schrecklich. Der Wunsch der Menschen nach wahrhaftigem Frieden geht im Kampf um Macht und Einfluss unter.

Die Antwort der EU und der europäischen NATO-Staaten auf die entstandene Unsicherheit lautet: mehr Rüstung und Kriegsfähigkeit gegenüber Russland. Riesige Kredite sollen aufgenommen werden, um dies zu finanzieren. Sozialleistungen sollen dafür gekürzt werden. Dabei sind die europäischen NATO-Staaten auch ohne die USA Russland militärisch und waffentechnisch überlegen. Schon jetzt geben sie jährlich 420 Milliarden Dollar für das Militär aus. Das sind 120 Milliarden mehr als die entsprechenden Ausgaben Russlands (kaufkraftbereinigt). Zusätzlich rüsten auch die USA in Europa auf. So sollen ohne Beteiligung des Bundestages in Deutschland amerikanische Mittelstreckenraketen mit Reichweiten über Moskau hinaus stationiert werden.

Die angekündigten europäischen Aufrüstungsprogramme gehen einher mit einer Stimmungsmache für mehr „Kriegstüchtigkeit“. Die Bevölkerung soll Schritt für Schritt auf mögliche Kriege vorbereitet und die Wehrpflicht wieder eingeführt werden.

Dagegen treten wir dafür ein, dass radikal umgesteuert und alles darangesetzt wird, alle Kriege sofort zu beenden und künftige Kriege zu verhindern! Um Deutschland und die übrigen in der NATO zusammengeschlossenen Staaten in Europa gegebenenfalls verteidigen zu können, braucht es keine gigantischen Rüstungsprogramme, keine Angriffswaffen, keine Bundeswehreinheiten rund um die Welt und keine atomare Teilhabe.

Frieden ist möglich: Er ist keine Utopie, keine Illusion, kein blinder Wunsch. Frieden ist das Ergebnis verantwortungsvoller Politik, die auf jegliche — auch ökonomische — Aggression verzichtet und auf fairen Ausgleich und faire Verteilung der Güter bedacht ist, sowohl in Deutschland als auch weltweit. Friedenspolitik trägt dem berechtigten Sicherheitsbedürfnis aller Länder und ihrem Streben nach Wohlstand Rechnung. Friedenspolitik ermöglicht allen ein existenzsicherndes Auskommen.

Der völkerrechtswidrige Angriff Russlands auf die Ukraine ist durch nichts zu rechtfertigen. Dieser Krieg hätte durch Verhandlungen und Interessenausgleich längst gelöst werden müssen. Er ist auch zu einem Stellvertreterkrieg um Einfluss und Rohstoffe eskaliert, in dem insbesondere die ukrainische Bevölkerung die Zeche zahlt. Durch die Fixierung auf immer mehr Waffenlieferungen wurden drei Jahre vertan, statt eine Lösung zu finden, die den Interessen aller Beteiligten, insbesondere aber der ukrainischen Bevölkerung gerecht wird. Hier hat auch die Bundesregierung versagt. Wir fordern sofortige Verhandlungen über einen Waffenstillstand, über einen Interessenausgleich und über einen Friedensvertrag, der die Chance einer Versöhnung ermöglicht. An diesen Verhandlungen muss die Ukraine maßgeblich beteiligt sein.

Wir fordern, alles zu unterlassen, was Konflikte anheizt. Allen Menschen, die sich Kriegen entziehen und den Dienst mit der Waffe verweigern, ist Zuflucht zu gewähren. Statt imperialem Machtgehabe und der Ausdehnung des NATO-Militärbündnisses nach Osten brauchen wir

kollektive Sicherheit in ganz Europa. Dazu gehören die Wiederherstellung gekündigter Abrüstungsvereinbarungen, weitere Abkommen zur Rüstungsbegrenzung und eine Wiederbelebung des OSZE-Prozesses, um erneut Vertrauen aufzubauen.

Aber nicht nur in Europa herrscht Krieg. So ist durch den Krieg in Nahost insbesondere Gaza weitgehend zerstört. Geiseln wurden genommen und getötet. Zehntausende von Zivilisten starben. Völkerrechtswidrig verfolgt die Regierung Netanjahu eine aggressive Siedlungspolitik in der Westbank. Dies alles ist durch nichts zu rechtfertigen. Wir fordern eine unbefristete Verlängerung des Waffenstillstands, die Freilassung aller Geiseln, Sicherung der Versorgung Gazas und sofortige Schritte zur tatsächlichen Realisierung des Rechts des palästinensischen Volkes auf einen eigenen Staat.

Die Waffen müssen schweigen, sofort und überall! Insbesondere verlangen wir die sofortige Einstellung sämtlicher Angriffe des NATO-Mitglieds Türkei auf die kurdischen Gebiete.

Auch die deutsche Politik befeuert Kriege in der ganzen Welt. Diese zwingen ebenso wie Armut und die Folgen der Klimakrise Millionen von Menschen zur Flucht. Statt ihnen zu helfen, reagieren Deutschland und die EU mit Programmen und Gesetzen zur Schließung der Grenzen für Flüchtlinge und mit Lagern an den EU-Außengrenzen. Sie verletzen dadurch grundlegende Menschenrechte. Nicht einmal Seenotrettung wird geleistet, sondern behindert. In Deutschland angekommenen Schutzsuchenden droht Abschiebung statt Zuflucht und Sicherheit.

Deutschland sollte 80 Jahre nach Ende des verheerenden 2. Weltkrieges Friedensmacht und Vorbild für Völkerverständigung und Schutz von Flüchtlingen werden. In diesem Sinne muss alles für eine stabile Demokratie und Zukunftsfähigkeit getan werden. Statt gigantischer Aufrüstungsprogramme brauchen wir soziale Sicherung, bezahlbaren Wohnraum für alle, ein alle förderndes Bildungswesen, ein gerechtes und gestärktes Gesundheitssystem, eine funktionierende Infrastruktur, einen sozial-ökologischen Wandel und faire internationale Zusammenarbeit und Unterstützung.

Für ein solidarisches und friedliches Deutschland, in einem demokratischen, offenen und friedlichen Europa, in einer für alle Menschen lebenswerten und zukunftsorientierten Welt!

Wir fordern:

- Keine US-Mittelstreckenraketen in Deutschland! Beitritt zum UN-Atomwaffenverbotsvertrag!
Nein zur atomaren Teilhabe! Europa atomwaffenfrei!

- Keine Aufrüstungsprogramme! Keine Wehrpflicht! Keine Auslandseinsätze! Keine Produktion und Beschaffung von Angriffswaffen! Verstaatlichung der Rüstungsproduktion! Keine Rüstungsexporte!

- Flüchtende solidarisch aufnehmen und Fluchtursachen bekämpfen!

Ja zum Frieden — Nein zur Kriegstüchtigkeit